

Burkini-Verbot für Gartenbad Reinach?

Der SVP-Einwohnerrat Csaba Zvekan fordert per Motion die Einführung eines Burkini-Verbots. Der Vorstoss stösst vielerorts auf Kritik.

bz, 24.07.2025

Isaak Hartmann

Sommerzeit ist Badezeit. Wer Zutritt zu Gartenbädern erhalten und wie man sich dort verhalten soll, sorgt auch in diesem Jahr wieder für heisse Diskussionen. Den Auftakt machte vor rund einem Monat das Freibad im jurassischen Porrentruy, nahe an der Grenze zu Frankreich. Dort wird Gästen ohne schweizerische Aufenthaltsbewilligung, Arbeitsbewilligung oder Pass seit Anfang Juli der Zutritt verwehrt.

Einen lokalen Nachahmer fand sich wenig später im Basler Grossrat Joel Thüring (SVP), der für das Freibad St. Jakob eine ähnliche Regel verlangt. In Reinach fordert ein Parteikollege von Thüring ebenfalls ein Verbot. Dieses dreht sich allerdings nicht darum, wer sich in der Badi aufhalten darf, sondern wie man sich dort kleiden soll. Mit einer Motion, die er gemeinsam mit einer Handvoll weiterer Unterzeichnender im Einwohnerrat eingereicht hat, verlangt der Einwohnerrat Csaba Zvekan ein Burkini-Verbot im Gartenbad Reinach. Ein nicht ganz unwichtiges Detail: Der Reinacher SVP-Politiker reichte seinen Vorstoss bereits am 23. Juni ein – und damit bevor die Geschichte aus Porrentruy landesweit in die Schlagzeilen geriet.

«Das gehört nicht in unsere Kultur»

Zvekan schreibt in der Motion: «Junge Mädchen und Frauen werden in Einzelfällen durch sozialen oder religiösen Druck zum Tragen von Burkinis gezwungen.» Ein Verbot fördere die Teilhabe am öffentlichen Leben und schütze vor Zwang. In technischer Hinsicht schränkten

«Das gehört nicht in unsere Kultur.»



Csaba Zvekan
Präsident der SVP Reinach

Burkinis die Beinfreiheit ein und seien von Strassenkleidung unter Umständen nur schwer zu unterscheiden. Dies erschwere die Durchsetzung von Sicherheits- und Hygienestandards.

Csaba Zvekan, der auch Präsident der SVP Reinach ist, erklärt gegenüber der bz die Beweggründe. Er erzählt von einem Badi-Besuch mit seiner 9-jährigen Tochter in Reinach. Dort habe er Burkiniträgerinnen beobachtet und festgestellt: «Das gehört nicht in unsere Kultur.» Zum Schutz vor Zwang, für Zvekan ein wichtiger Fokus des Vorstosses, ergänzt er: «Das Verbot stärkt die Bewegungsfreiheit junger Mädchen und schützt sie vor sozialem Druck.»

Wie reagieren Baselbieter Musliminnen auf die Forderung des Reinacher SVP-Politikers? Laut der Basler Muslim Kommission (BMK), einer Ansprechpartnerin der muslimischen Gemeinschaft beider Basel, löst der Vorstoss «Besorgnis und Unver-

ständnis» aus. Hinsichtlich der Bedenken zu Sicherheit und Hygiene verweist die BMK auf das Gartenbad Eglisee in Basel, dessen Handhabung der technischen Aspekte «differenziert, verständlich und über Jahre bewährt» sei.

Im Frauenbad Eglisee haben die Diskussionen über burkini-bezogene Vorschriften eine Vorgeschichte. Burkinis sind dort erlaubt, sofern sie nicht zu weit sind und sich von Strassenkleidung unterscheiden lassen. Dieses Teilweiseverbot im Frauenbad hatte Basel-Stadt 2016 eingeführt, nachdem es wiederholt zu Auseinandersetzungen zwischen Stammgästen und strenggläubigen elsässischen Musliminnen gekommen war.

Auf Anfrage schreibt das Basler Erziehungsdepartement (ED), dass die Vorschrift aus hygienischen Gründen erlassen wurde. Die im Eglisee zulässigen Burkinis sind «in Bezug auf die Hygiene unbedenklich», «auch stellen sie keine Gefahr für die Trägerin dar». Aus technischer Sicht spricht gemäss dem ED demnach nichts für ein generelles Burkini-Verbot.

Muslim Kommission: Verbot sei diskriminierend

Auch die anderen Argumente der Motion weist die Basler Muslim Kommission zurück. Ein Burkini-Verbot sei keine Massnahme gegen Zwang, sondern würde «die Musliminnen ihrer Freiheitsrechte berauben», zumal die Mehrheit der Musliminnen in der Schweiz den Burkini aus freier Entscheidung trage.

Die BMK appelliert an den Reinacher Einwohnerrat, Zvekans Vorstoss abzulehnen. «Ein Burkini-Verbot wird unweigerlich dazu führen, dass muslimi-



Sollen Frauen in Burkinis weiterhin Zutritt zu Freibädern erhalten? Eine alte Frage wird in Reinach neu diskutiert.

Bild: Karina Hessland

sche Frauen, die diese Badebekleidung tragen möchten, Freibäder meiden werden», schreibt die BMK. Das sei strukturell diskriminierend. «Der Vorstoss droht, ein gesellschaftliches Klima zu fördern, in dem bestimmte Ausdrucksformen von Religion oder Identität nicht mehr als gleichwertig akzeptiert werden.»

Einen Vorgeschmack auf die zu erwartende Gegenwehr liefert Mikula Thalman, Co-Fraktionspräsident der SP im

Einwohnerrat. «Es geht mehrheitlich darum, Aufmerksamkeit zu generieren.» Auch wenn Zvekan in Teilen reale Probleme adressieren möge, handle es sich mehr «um eine Bewirtschaftung als eine wirkliche Lösung realer Probleme».

Viel konstruktiver sei ein Vorgehen, das auf Pauschalierungen verzichtet und die jeweiligen Einzelfälle adressiert, etwa durch Verwarnungen oder notfalls individuelle Zutrittsverbote. «Den Vorwurf strukturel-

ler Diskriminierung teile ich in der Tendenz», so Thalman. Die Infrastruktur sei für alle da und finanziell sei es für die Badi ohnehin besser, wenn so viele Gäste wie möglich kämen.

Das Reinacher Ortsparlament wird voraussichtlich über Zvekans Vorstoss entscheiden, wenn die Badisaison wieder vorbei ist. Anfang September kommt der Einwohnerrat erstmals wieder zusammen. Ob er dann auch gleich die Motion behandeln wird, ist unklar.